

Entschließungsantrag **der Fraktion DIE GRÜNEN**

zur Erklärung der Bundesregierung zur künftigen Regierungsarbeit

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Beschlüsse zur Neuregelung der Einreise von Polinnen und Polen zurückzunehmen.

Bonn, den 26. April 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die Beschlüsse der Bundesregierung sehen vor, daß

- Reisende aus Polen, die die Bundesrepublik Deutschland besuchen wollen, eine von der Ausländerbehörde bestätigte Einladung vorweisen müssen,
- sie bei touristischen Reisen einen Besitz von 50 DM pro geplantem Aufenthaltstag vorzeigen müssen,
- sie eine Krankenversicherung nachweisen müssen.

Diese Beschlüsse

- widersprechen dem Geist der KSZE-Abkommen über mehr Freizügigkeit in Europa,
- diskreditieren die Kritik der Bundesregierung an Menschenrechtsverletzungen der Warschauer Pakt-Staaten,
- erschweren den Prozeß der Aussöhnung und Verständigung zwischen Polen und Deutschen, dem gerade im 50. Jahr des deutschen Überfalls auf Polen besondere Bedeutung zukommt,
- geben Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, die polnische Besucherinnen und Besucher einladen wollen, der Überprüfung und Erfassung durch die Ausländerbehörden preis,
- machen Reisefreiheit, Gastfreundschaft und gegenseitige Besuche von Reichtum abhängig, sowohl vom Reichtum der Einladenden hier wie vom Devisenbesitz der Polinnen und Polen.

